



Höhere EEG-Umlage ist Folge ungerechter Verteilungspolitik

Höhere EEG-Umlage ist Folge ungerechter Verteilungspolitik
Die Mehrbelastung durch die EEG-Umlage hat wenig mit den tatsächlichen Kosten der erneuerbaren Energien und viel mit der ungerechten Verteilungspolitik der Bundesregierung im Rahmen der Energiewende zu tun. Wer jetzt Alarm schlägt und verkündet, erneuerbare Energien seien zu teuer, verkennt die soziale Schieflage der Energiewende und verschließt die Augen vor den wahren Kosten der konventionellen Atom- und Kohleleimer", erklärt Dorothee Menzner, energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Bekanntgabe der neuen EEG-Umlage. Menzner weiter: "Kaum jemand spricht über die externen Kosten von Kohle- und Atomstrom. Sie tauchen zwar nicht auf der Stromrechnung auf, aber sie belasten die Bürgerinnen und Bürger mehr als die EEG-Umlage. Greenpeace hat diese Kosten vor kurzem mit 10,6 Cent pro Kilowattstunde beziffert. Es gab niemals einen Aufschrei bei steuerfinanzierten Kohlepfennigen und Atomsубventionen, weil sie gebetsmühlenartig als wirtschaftlich notwendig und wohlstandsbringend verkauft wurden. Mit den Folgekosten haben wir es jetzt zu tun, beim Kampf gegen den Klimawandel und der Suche nach einem sicheren Endlager für Atommüll. Die Erhöhung der EEG-Umlage wird gezielt zur Diskreditierung der ökologischen Energiewende herangezogen. Das ist verfehlt, denn die Förderung der erneuerbaren Energien ist eine Investition in die Zukunft. Die wahren Ursachen des Strompreis-Anstiegs liegen in der für diese Bundesregierung typischen unsozialen Klientelpolitik und dem Profitstreben der großen Energieversorger. Energieintensive Industrien werden in einem Volumen von neun Milliarden Euro jährlich von der Zahlung der Umlage ausgenommen. Der größte Teil dieser indirekten Subventionierung ist für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen allerdings gar nicht notwendig, sondern generiert lediglich Extraprofite zu Lasten aller anderen Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher. Eon und RWE haben allein im ersten Halbjahr 2012 über elf Milliarden Euro Profit gemacht. DIE LINKE fordert, die Energiewende sozial gerecht zu gestalten und die anfallenden Kosten gerecht auf alle zu verteilen. Unsere Vorschläge dazu haben wir in einem Sieben-Punkte-Programm zusammengefasst. Damit würden sich auch die Kosten der Förderung der erneuerbaren Energien für alle in Grenzen halten. Wer eine ökologische Energiewende will, muss sie sozial gestalten, sonst wird sie scheitern." F.d.R. Christian Posselt
Pressesprecher
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon +4930/227-52800
Telefax +4930/227-56801
pressesprecher@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de


Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..